Volkswagen Bank GmbH – Sonderbedingungen zum Ratenzahlungs-Service

Es gelten die jeweiligen Sonderbedingungen für die VISA Kreditkarte – nachfolgend VISA Card genannt. Für den Ratenzahlungs-Service zur VISA Card sind insbesondere folgende weitere Punkte zu beachten:

1. Leistungsumfang
Die Volkswagen Bank GmbH (nachfolgend „Bank“ genannt) bietet für Karteninhaber (Hauptkarteninhaber und Zusatzkarteninhaber) einen Ratenzahlungs-Service an. Die An- und Abmeldung des Kreditkartenkontos durch den Karteninhaber für den Ratenzahlungs-Service erfolgt im Online-Banking der Bank und ist kostenlos.

Nachdem der Karteninhaber sich zum Ratenzahlungs-Service angemeldet hat, kann die Bank nach eigenem Ermessen dem Karteninhaber ein Angebot unterbreiten, den Betrag aus einem Umsatz, der mit der VISA Card bzw. mittels der Kartendaten getätigt wurde (Kartenumsatz), in drei Monatsraten zurückzuführen. Die Raten sind – neben dem Ausgleich der übrigen Kartenumsätze bzw. Transaktionen – zum vereinbarten Abrechnungsstichtag fällig. Ein Angebot erfolgt umgehend nach dem jeweiligen Kartenumsatz und wird per Kurzmitteilung (SMS) an die von dem Karteninhaber angegebene deutsche Mobilfunknummer gesandt. Es werden hierbei Umsätze in Höhe von 300,– Euro bis 3.000,– Euro berücksichtigt. Je nach dem vom Karteninhaber ausgewählten Netzbetreiber können Verzögerungen beim Zugang dieser Nachrichten beim Karteninhaber auftreten. Die Bank übernimmt hierfür keine Haftung.

Der Karteninhaber kann das Angebot nach Erhalt der SMS bis um 24.00 Uhr (MEZ) des Folgetages ebenfalls per SMS annehmen. Dabei ist die mit der Angebots-SMS übermittelte SMS-TAN anzugeben. Dadurch kommt eine Ratenzahlungsvereinbarung hinsichtlich des jeweiligen Betrages aus dem zugrunde liegenden Kartenumsatz zustande.

Es sind zeitgleich bis zu 10 Ratenzahlungsvereinbarungen für das Kreditkartenkonto möglich. Maximal 80% des bestehenden Kreditrahmens zur VISA Card können insgesamt für den Ratenzahlungs-Service in Anspruch genommen werden.

Kreditkartenkonten, die in der Abrechnungsvariante „Rückzahlung in Teilbeträgen“ geführt werden, sind von dem Ratenzahlungs-Service ausgeschlossen. Bargeldverfügungen sind ebenfalls von dem Ratenzahlungs-Service ausgeschlossen.

Im Falle der Kündigung einer Ratenzahlungsvereinbarung durch den Karteninhaber erfolgt die sofortige Fälligstellung der gesamten offenen Raten der betroffenen Ratenzahlungsvereinbarung.

Mit der Kündigung des Vertragsverhältnisses zur VISA Kreditkarte werden sämtliche offenen Ansprüche aus laufenden Ratenzahlungsvereinbarungen sofort fällig.

Der Ratenzahlungs-Service kann nicht in Kombination mit dem E-Mail-Service genutzt werden. Bei Aktivierung des Ratenzahlungs-Service wird automatisch der E-Mail-Service deaktiviert.

2. Kosten
Die An- und Abmeldung zum Ratenzahlungs-Service ist kostenlos. Je zustande gekommener Ratenzahlungsvereinbarung wird von der Bank ein Entgelt berechnet, das mit der ersten Rate zahlbar ist und dem zugehörigen Kreditkartenkonto belastet wird. Die Höhe des Entgeltes ist dem im Zeitpunkt des Abschlusses der jeweiligen Ratenzahlungsvereinbarung gültigen Preis- und Leistungsverzeichnis zu entnehmen und wird dem Karteninhaber mit der Angebots-SMS nochmals mitgeteilt.

Im Falle der vorzeitigen Rückzahlung wird das Entgelt laufzeitabhängig anteilig erstattet.

Der Empfang von SMS im Ausland kann zusätzliche vom Karteninhaber zu tragende Kosten beim jeweiligen Netzbetreiber/Mobilfunkanbieter (Roaming) des Karteninhabers hervorrufen, die von der Bank nicht beeinflusst werden können.

Der Versand von SMS sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland kann zusätzliche vom Karteninhaber zu tragende Kosten beim jeweiligen Netzbetreiber/Mobilfunkanbieter (Roaming) des Karteninhabers hervorrufen, die von der Bank nicht beeinflusst werden können.

3. Sicherheitshinweise
Aus Sicherheitsgründen werden bei einer Benachrichtigung nur die letzten 4 Ziffern der VISA-Kartennummer übermittelt. Vor- und Nachname des jeweiligen Karteninhabers werden nicht genannt. Die SMS enthält Informationen über den Händler und den Betrag der Transaktionsanfrage.

Rechtsverbindlich im Hinblick auf die vom Karteninhaber getätigten Kartenumsätze sind allein die Angaben auf der Umsatzabrechnung für die VISA Card.

Von einer Änderung seiner Mobilfunknummer wird der Karteninhaber die Bank rechtzeitig durch entsprechende online-Hinterlegung im Online-Banking der Bank unterrichten.

4. Haftung
Die Bank haftet nicht für den Fall, dass das Mobiltelefon verloren, gestohlen oder weitergegeben wird und dadurch Dritte Zugriff auf die SMS erhalten können. Für die Sicherheit einer SMS, die auf dem Mobiltelefon eingegangen ist, hat der Karteninhaber durch geeignete Maßnahmen zu sorgen (z. B. durch eine passwortgeschützte Zugangssperre).

5. Deaktivierung
Der Karteninhaber (Hauptkarteninhaber oder Zusatzkarteninhaber) kann den Ratenzahlungs-Service für das Kreditkartenkonto deaktivieren. Die Deaktivierung bewirkt, dass die Karteninhaber keine Angebots-Benachrichtigungen mehr erhalten. Bei Deaktivierung des Ratenzahlungs-Services werden noch laufende Ratenzahlungsvereinbarungen vertragsgemäß abgewickelt. Die erneute Anmeldung ist nach Deaktivierung des Ratenzahlungs-Services jederzeit möglich.

Die vollständigen Sonderbedingungen für die VISA Kreditkarte können Sie unter www.vwfs.de einsehen.

Stand: 20. Juni 2022

01 01 346 00 44/22

Volkswagen Bank GmbH
Vorvertragliche Informationen inkl. der Informationen nach den Vorschriften des Fernabsatzes

A. Allgemeine Informationen

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen stellen wir folgende Informationen zur Verfügung:

Die Volkswagen Bank GmbH (künftig Bank genannt), Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig, eingetragen im Handelsregister Braunschweig HRB 1819, wird vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Volker Stadler und andere. Die E-Mail-Adresse der Bank lautet vwbank@vwfs.com.

Die Bank betreibt Bankgeschäfte aller Art und damit zusammenhängende Geschäfte, u.a. die Geschäfte einer Kreditbank. Zuständige Aufsichtsbehörden sind die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn und Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt am Main und die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main. Die Europäische Zentralbank ist u.a. für die Zulassung der Bank zuständig. Die Bank wird im Institutsregister der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unter der ID 100178 geführt.

Die Vertragsbedingungen und die vorvertraglichen Informationen werden in deutscher Sprache mitgeteilt. Mit Ihrer Zustimmung werden wir während der Laufzeit des Vertrages in Deutsch kommunizieren.

Über sicherheitsrelevante Themen oder im Falle vermuteten oder tatsächlichen Betrugs unterrichten wir Sie ausschließlich über unsere https-gesicherte Website https://www.vwfs.de oder über Nachrichten in Ihrem Online-Banking-Postfach.

Für das Zustandekommen des Vertrags gilt Folgendes:

Der Kunde gibt gegenüber der Bank ein ihn bindendes Angebot auf Abschluss des Vertrages ab, indem er das ausgefüllte und unterzeichnete Formular für den Antrag auf Eröffnung des Kontos an die Bank übermittelt und dieses ihr zugeht. Der Kontovertrag kommt zustande, wenn dem Kunden die Annahmeerklärung der Bank zugeht.

Für die Aufnahme von Beziehungen vor Abschluss des Vertrags sowie für den Vertrag und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht.

Der Kunde hat folgende außergerichtliche Möglichkeiten:

– Der Kunde kann sich mit einer Beschwerde auch direkt an die Bank wenden. Eine Beschwerde kann der Kunde persönlich in den Filialen der Bank oder auch beim Kundenservice der Bank telefonisch unter 0531-2120 sowie in Textform per E-Mail: info@vwfs.com, per Brief: Volkswagen Bank GmbH, Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig oder per Fax: 0531 212-2275 einreichen. Um eine zeitnahe Prüfung und Beantwortung Ihrer Beschwerde sicherzustellen, sollte der Kunde den zugrundeliegenden Sachverhalt, auf den sich die Beschwerde bezieht, und das Anliegen möglichst konkret schildern. Ferner sollte der Kunde für etwaige Rückfragen seine aktuellen Kontaktdaten (Anschrift, Telefonnummer und ggf. E-Mail-Adresse) mitteilen. Die Bank wird Beschwerden in geeigneter Weise beantworten, bei Zahlungsdiensteverträgen erfolgt dies in Textform (z.B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail).

– Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der Verbraucherschlichtungsstelle "Ombudsmann der privaten Banken (www.bankenombudsmann.de) teil. Dort hat der Verbraucher die Möglichkeit, zur Beilegung einer Streitigkeit mit der Bank den Ombudsmann der privaten Banken anzurufen. Das Schlichtungsverfahren vor dem Ombudsmann der privaten Banken wird in deutscher Sprache geführt. Ein etwaiger Schlichtungsantrag muss in Textform (bspw. per Brief, Fax oder E-Mail) an den Ombudsmann der privaten Banken beim Bundesverband deutscher Banken e.V. (Postfach 04 03 07, 10062 Berlin; Fax: (030) 1663-3169; E-Mail: (schlichtung@bdb.de) gestellt werden. Das Schlichtungsverfahren ist für den Darlehensnehmer kostenfrei, Auslagen (z.B. Porto, Telefonkosten sowie etwaige Kosten einer sachkundigen Vertretung, sofern eine sachkundige Vertretung im Schlichtungsverfahren gewünscht ist) werden nach der Verfahrensordnung des Ombudsmanns der privaten Banken nicht erstattet und sind ggf. außerhalb des Schlichtungsverfahrens geltend zu machen. Im Schlichtungsantrag ist die Streitigkeit, die geschlichtet werden soll, zu schildern und ein konkretes Begehren darzustellen. Dem Schlichtungsantrag sind die zum Verständnis der Streitigkeit erforderlichen Unterlagen in Kopie beizufügen. Der Kunde hat zu versichern, dass

a) wegen derselben Streitigkeit ein Verfahren bei einer Verbraucherschlichtungsstelle weder durchgeführt wurde noch anhängig ist,

b) über die Streitigkeit von einem Gericht nicht durch Sachurteil entschieden wurde oder die Streitigkeit nicht bei einem Gericht anhängig ist,

c) die Streitigkeit weder durch Vergleich noch in anderer Weise beigelegt wurde und

d) wegen der Streitigkeit ein Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe nicht abgelehnt worden ist, weil die beabsichtigte Rechtsverfolgung keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bot oder mutwillig erschien. Die Verfahrensordnung des Ombudsmanns der privaten Banken ist unter www.bankenombudsmann.de abrufbar.

Im Übrigen ist die Bank in Bezug auf das Darlehen zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor anderen Schlichtungsstellen weder verpflichtet noch bereit.

– Ferner besteht für den Kunden die Möglichkeit, jederzeit eine (kostenfreie) Beschwerde in Schrift- oder Textform per Brief, Fax, E-Mail oder über ein Online-Formular an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht über Verstöße der Bank gegen das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG), die §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) oder gegen Artikel 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB) zu schicken. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn; Fax: 0228 4108-1550; E-Mail: poststelle@bafin.de; Internetadresse: www.bafin.de. Die Beschwerde soll den Sachverhalt sowie den Beschwerdegrund enthalten.

– Der Kunde hat für eine außergerichtliche Streitbeilegung mit der Bank zusätzlich die Möglichkeit, die von der Europäischen Kommission errichtete Online-Streitbeilegungsplattform (OS-Plattform) unter **http://ec.europa.eu/consumers/odr/** zu nutzen; ihre Nutzung ist kostenfrei. Um eine Beschwerde auf der OS-Plattform einreichen zu können, hat der Kunde das elektronische Beschwerdeformular auf der Website entsprechend den im Beschwerdeformular formulierten Vorgaben vollständig auszufüllen. In dem Formular sind insbesondere die Angaben zur Bank, der Beschwerdegegenstand, der Beschwerdegrund, die konkrete Forderung und die Kontaktdaten des Kunden anzugeben. Der Kunde kann digital Dokumente beifügen, die seine Beschwerde unterstützen. Zu beachten ist hierbei, dass das Beschwerdeformular eine Reihe von Angaben zum „Händler“ vorsieht, an deren Stelle bei der gegen die Bank gerichteten Beschwerde jeweils Angaben zur Bank treten. Nach Eingang eines vollständig ausgefüllten Beschwerdeformulars wirkt die OS-Plattform mit entsprechenden Aufforderungen darauf hin, dass sich die Bank und der Kunde auf eine Stelle der alternativen Streitbeilegung (in Deutschland: Verbraucherschlichtungsstelle) nachfolgend „AS-Stelle“ genannt einigen. Die OS -Plattform leitet die Beschwerde automatisch und unverzüglich an die ASStelle weiter, auf die sich die Parteien geeinigt haben. Können sich die Parteien allerdings nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Einreichung des Beschwerdeformulars auf eine AS-Stelle einigen oder lehnt die AS-Stelle die Bearbeitung der Streitigkeit ab, so wird die Beschwerde nicht weiterbearbeitet und der Kunde hierüber informiert.

Die Bank ist dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen.

Der Kontoinhaber kann während der Vertragslaufzeit jederzeit verlangen, dass ihm die Vertragsbedingungen sowie die gesetzlich vorgeschriebenen vorvertraglichen Informationen in einer Urkunde in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger zur Verfügung gestellt werden.

Soweit sich während des Vertragsverhältnisses unser Name, unsere für die Kundenkommunikation bedeutenden Anschriften oder E-Mail-Adressen, die Aufsichtsbehörden oder relevante öffentliche Register, in die wir eingetragen sind, sowie Registernummern oder gleichwertige in diesen Registern verwendete Kennungen ändern, werden wir unverzüglich auf unserer Internetseite darüber unterrichten.

Kapitalerträge sind einkommensteuerpflichtig.

Im Hinblick auf das vereinbarte Pfandrecht der Bank an Wertpapieren, Sachen und Ansprüchen gilt Folgendes:

Mit Unterzeichnung und Übersendung des Kontoantrags/Kreditkartenantrags an die Bank gibt der Kunde gegenüber der Bank eine bindende Erklärung ab zur Bestellung eines Pfandrechts an den Wertpapieren und Sachen, an denen die Bank Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Das Pfandrecht wird auch bestellt an Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden (z. B. Kontoguthaben). Die Bestellung des Pfandrechts kommt zustande, wenn dem Kunden die Annahmeerklärung der Bank zugeht.

Das Pfandrecht ist ein zur Sicherung von bestehenden, künftigen oder bedingten Forderungen der Bank bestelltes Recht an den Wertpapieren, Sachen oder Ansprüchen, welches dazu führt, dass der Kunde über diese Wertpapiere, Sachen oder Ansprüche nicht mehr ohne Zustimmung der Bank verfügen kann. Das Pfandrecht ist vom Entstehen, Erlöschen und von der Durchsetzbarkeit der gesicherten Forderungen abhängig. Bei Pfandreife, d. h. bei Fälligkeit einer gesicherten Forderung, darf die Bank das Pfand verwerten. Die Bank wird den Pfandgegenstand nur in dem Umfange verwerten, wie dies zur Erfüllung der gesicherten Forderungen erforderlich ist.

Der Kunde schuldet für die Bestellung des Pfandrechts keine Zahlung gegenüber der Bank. Hat der Kunde Ansprüche der Bank befriedigt, die durch das Pfandrecht besichert sind, gilt folgendes: Die Übertragung von nicht akzessorischen Sicherheiten (wie z. B. einer Grundschuld) kann der Kunde erst dann verlangen, wenn die durch das Pfandrecht gesicherten Ansprüche vollständig befriedigt sind und die zu übertragenden anderweitigen nicht akzessorischen Sicherheiten nicht mehr zur Sicherung anderer Ansprüche der Bank dienen. Soweit es sich um akzessorische Sicherheiten (wie z. B. eine Bürgschaft oder andere Pfandrechte) handelt, gehen diese kraft Gesetzes auf den Kunden über.

Die Pfandrechtsbestellung endet mit der Erledigung des Sicherungszwecks.

Die von der Bank zur Verfügung gestellten Informationen gelten bis auf weiteres.

Stand:1. November 2022

B. Informationen zum Produkt: Ratenzahlungs-Service

1. Ratenzahlungs-Service

a) Voraussetzung zur Teilnahme an dem Ratenzahlungs-Service ist die Anmeldung des Kreditkartenkontos durch den Karteninhaber (Hauptkarteninhaber oder Zusatzkarteninhaber) für den Ratenzahlungs-Service im Online-Banking.
b) Für das Zustandekommen des Vertrags gilt abweichend zu den Allgemeinen Informationen unter A. Folgendes: Für die Anmeldung zum Ratenzahlungs-Service gibt der Karteninhaber auf der Registrierungswebseite einen Haken in das Auswahlfeld vor „Ratenzahlungs-Service“ ein. Voraussetzung ist weiterhin die Angabe einer deutschen Mobilfunknummer.
Durch Drücken der Schaltfläche „Senden“ auf der Registrierungswebseite wird der Ratenzahlungs-Service aktiviert. Die Bank bestätigt die Aktivierung. Dies stellt die Annahmeerklärung durch die Bank gegenüber dem Karteninhaber dar.
d) Die An- bzw. Abmeldung zum Ratenzahlungs-Service ist jederzeit kostenlos möglich.
e) Eine Mindestlaufzeit des Ratenzahlungs-Service besteht nicht.
f) Der Vertragstext zum Ratenzahlungs-Service wird von der Bank gespeichert. Dieser ist dem Karteninhaber nachträglich nicht mehr zugänglich.
g) Kreditkartenkonten, die in der Abrechnungsvariante „Rückzahlung in Teilbeträgen“ geführt werden, sind von dem Ratenzahlungs-Service ausgeschlossen.

2. Ratenzahlungsvereinbarungen

a) Die Bank unterbreitet nach eigenem Ermessen dem Karteninhaber per SMS ein Angebot, den Betrag aus einem Umsatz, der mit der VISA Card bzw. mittels der Kartendaten getätigt wurde (Kartenumsatz), in drei Monatsraten zurückzuführen. Die Raten sind -neben dem Ausgleich der übrigen Kartenumsätze bzw. Transaktionen- zum vereinbarten Abrechnungsstichtag fällig
b) Es werden Umsätze in Höhe von 300,– Euro bis 3.000,– Euro berücksichtigt.
c) Die Annahme eines Angebotes nach Erhalt der SMS kann bis um 24.00 Uhr (MEZ) des Folgetages ebenfalls per SMS durch den Karteninhaber erfolgen. Dabei ist die mit der Angebots-SMS übermittelte SMS-TAN anzugeben. Dadurch kommt eine Ratenzahlungsvereinbarung hinsichtlich des jeweiligen Betrages aus dem zugrunde liegenden Kartenumsatz zustande.
d) Es sind zeitgleich bis zu 10 Ratenzahlungsvereinbarungen für das Kreditkartenkonto möglich. Maximal 80% des bestehenden Kreditrahmens zur VISA Card können in Anspruch genommen werden.
e) Je zustande gekommener Ratenzahlungsvereinbarung wird ein Entgelt berechnet, das mit der ersten Rate zahlbar ist. Die Höhe des Entgeltes richtet sich nach der Höhe des Kartenumsatzes und ist dem gültigen Preis- und Leistungsverzeichnis zu entnehmen.
f) Eigene Kosten (z. B. für den Empfang und die Versendung der SMS) hat der Karteninhaber selbst zu tragen.
g) Die einzelnen zustande gekommenen Ratenzahlungsvereinbarungen werden von der Bank gespeichert. Sie sind dem Karteninhaber nachträglich nicht mehr zugänglich.
h) Bei Kündigung einer Ratenzahlungsvereinbarung durch den Karteninhaber erfolgt die sofortige Fälligstellung der gesamten offenen Raten der betroffenen Ratenzahlungsvereinbarung oder bei Kündigung des Vertragsverhältnisses der VISA Kreditkarte werden sämtliche offenen Ansprüche aus laufenden Ratenzahlungsvereinbarungen sofort fällig.

Stand: 1. September 2020

Widerrufsbelehrung

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1
Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung **innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen.** Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen** auf einem dauerhaften Datenträger (z.B. Brief, Telefax, E-Mail) **erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs,** wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Volkswagen Bank GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig, E-Mail-Adresse: vwbank@vwfs.com

Abschnitt 2
Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität des Unternehmers; anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung;

2. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde;

3. die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;

4. die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt;

5. den Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht;

6. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;

7. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrunde liegende Vorschrift: § 357b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);

8. die Mindestlaufzeit des Vertrags, wenn dieser eine dauernde oder regelmäßig wiederkehrende Leistung zum Inhalt hat;

9. die vertraglichen Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen;

10. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Unternehmer der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;

11. eine Vertragsklausel über das auf den Vertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;

12. die Sprachen, in denen die Vertragsbedingungen und die in dieser Widerrufsbelehrung genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in denen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des Verbrauchers die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen;

13. den Hinweis, ob der Verbraucher ein außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und gegebenenfalls dessen Zugangsvoraussetzungen.

Abschnitt 3
Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren.** Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt** vorzeitig, wenn der Vertrag **von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist,** bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden.** Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Ende der Widerrufsbelehrung

Stand: 20. Juni 2022